

## Viele Wahlen, wenig Veränderungen?

Erster Teil: \* Slowenien, Bosnien und Herzegowina, Makedonien

Dušan Reljić

Ein rasantes Wahlkarussell wird sich in den nächsten Monaten in den Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawien drehen. Zwischen dem 15. September 2002 und Anfang 2003 wird, mit der Ausnahme Kroatiens, in allen Republiken gewählt. Insgesamt mindestens sieben, vielleicht aber auch zehn Wahlgänge stehen bevor. Gleichwohl läßt keiner von ihnen wirkliche Veränderungen erwarten. In der Region herrscht politischer Stillstand. Das zeigt sich etwa in der geringen Anzahl neuer Gesichter unter den Kandidaten. Beobachter halten es für sehr wahrscheinlich, daß sich die Ergebnisse nicht wesentlich von denen der letzten Wahlen unterscheiden werden. Von einer beschleunigten Bewältigung der regionalen Sicherheitsprobleme oder von einem Aufholen der politischen und ökonomischen Rückstände kann keine Rede sein. Eine selbsttragende Stabilität in den Konfliktregionen auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien zeichnet sich nach wie vor nicht ab.

\* Der zweite Teil (Serbien, Montenegro, Kosovo) folgt, sobald der jugoslawische Staatschef Vojislav Koštunica mitgeteilt hat, ob er für das Amt des serbischen Präsidenten kandidieren wird.

Während in Slowenien so etwas wie »demokratische Langweile« (U. Beck) eingekehrt ist und innenpolitische Spannungsarmut herrscht, sind in allen anderen früheren jugoslawischen Teilrepubliken ethnopolitische Konflikte noch immer virulent.

### Slowenien

Mit auffälliger Gleichmut sieht die slowenische Öffentlichkeit den Präsidentenwahlen am 10. November entgegen. Kritische Pressestimmen in Ljubljana sprechen von »einem Angebot allseits bekannter und schon verbrauchter Kandidaten« für das Amt des Staatsoberhauptes. Seit dem 22. April 1990 (rechnet man die

Zeit hinzu, in der Slowenien als Teil der ehemaligen jugoslawischen Föderation an der Spitze des Staatspräsidiums repräsentiert war) hat Milan Kučan dieses Amt inne. Laut Gesetz darf derselbe Kandidat nur zweimal hintereinander gewählt werden. Kučan kann daher nicht wieder antreten.

Die zwei aussichtsreichsten Amtsanwärter sind der jetzige liberale Ministerpräsident Janez Drnovšek und der ehemalige langjährige Zentralbankchef France Arhar, der als unabhängiger Kandidat in die Wahlen geht. Wie Kučan zählen beide allerdings zu »alten Garde«, gehörten wie er 1991 zu den führenden Verfechtern der Trennung von der jugoslawischen Föderation und stehen auch insofern für politi-

## Der Wahlkalender

### September 2002

- 15.09.** Parlamentswahlen in *Makedonien* (FYROM)  
**29.09.** Präsidentenwahlen in *Serbien* (die erste von vermutlich zwei Wahlrunden)

### Oktober 2002

- 05.10.** Allgemeine Wahlen in *Bosnien und Herzegowina*  
**06.10.** Parlamentswahlen in *Montenegro*  
**13.10.** (wahrscheinlich) Zweite Runde der Präsidentenwahlen in *Serbien*  
**26.10.** Kommunalwahlen in *Kosovo*

### November 2002

- 10.11.** Präsidenten- und Kommunalwahlen in *Slowenien* (zwei Wahlrunden wahrscheinlich)

### Ende 2002 / Anfang 2003

- .--. Präsidentenwahlen in *Montenegro* (vermutlich noch 2002)  
--.--. Wahlen für das neue Parlament von »*Serbien und Montenegro*« (ungewiß)  
--.--. Vorgezogene Parlamentswahlen in *Serbien* (ungewiß)

sche Kontinuität. Weder in der behutsamen Wirtschaftspolitik (etwa 45% der slowenischen Unternehmen sind nach wie vor nicht privatisiert) noch in der enthusiastischen Unterstützung eines Beitritts zu EU und NATO sind markante Unterschiede zwischen den Kandidaten erkennbar. Ausschlaggebend dafür, wem die Wähler den Vorzug geben – in den Meinungsumfragen führt Drnovšek mit 39,3% vor Arhar (37,2%) –, könnte Drnovšeks schwere Erkrankung sein, auch wenn sein gesundheitlicher Zustand zur Zeit stabilisiert scheint. Sein Rivale wurde Mitte August zum Mittelpunkt einer Finanzaffäre, bei der es unter anderem um hohe Bezüge der Vorstandsmitglieder der Versicherungsgesellschaft »Vzajemna« ging, der Arhar vorsteht.

Während die Vorbereitungen Sloweniens auf den EU-Beitritt zügig vorankommen,

gibt es immer wieder Rückschläge bei den Bemühungen um eine Normalisierung der Beziehungen zu den anderen Nachfolgestaaten der früheren südslawischen Föderation. So legte das slowenische Außenministerium am 9. August einen Protest in Zagreb ein, weil nach Darstellung Ljubljanas kroatische Polizeiboote in der Bucht von Piran wiederholt in slowenische Territorialgewässer eingedrungen waren. Die Regelung des strittigen Grenzverlaufs in dieser Adria-Bucht belastet die Beziehungen zu Kroatien ebenso wie die schleppe Klärung der Zukunft des gemeinsamen Atomkraftwerks Krško.

Ein schwerwiegendes Problem ist auch die Rückerstattung der Spareinlagen von Kunden der *Ljubljanska Banka* aus den anderen früheren jugoslawischen Teilrepubliken. Allein in Bosnien ist die Rückzahlung von etwa 200 Millionen Euro an geschädigte Sparer fällig. Selbst Regierungsorgane in Sarajevo zeigen sich einem Boykott slowenischer Produkte nicht abgeneigt, solange die Forderungen der Sparer der *Ljubljanska Banka* nicht geregelt sind. Serbische Regierungsvertreter werfen Ljubljana vor, seit geraumer Zeit mit Absicht eine Regelung von Staatsbürgerschaft und Aufenthaltsrecht von – nach Belgrader Angaben – etwa 50 000 Bürgern anderer ehemaliger jugoslawischer Teilrepubliken zu erschweren, die in Slowenien leben.

Die jugoslawische Vergangenheit Sloweniens wird dem neuen Präsidenten daher mindestens ebensoviel Arbeit bescheren wie die Vorbereitungen auf die Zukunft in NATO und EU. Dabei kann es sich das stark exportabhängige Slowenien nicht leisten, wegen politischer Unstimmigkeiten die Chance der Rückgewinnung oder gar des Ausbaus seiner Stellung auf den alten Märkten des Balkan zu verspielen.

## Bosnien und Herzegowina

Bei den Vorbereitungen für die Allgemeinen Wahlen am 5. Oktober gab es bisher nur einmal handfesten Krach: Die Gewerkschaft der Druckindustrie prote-

stierte lautstark wegen des Beschlusses der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE), die zehn Millionen Wahlzettel in Ungarn und nicht in Bosnien und Herzegowina herstellen zu lassen. Gewerkschaft und Druckereibesitzer waren empört, daß dieser Auftrag, sozusagen ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, ins Ausland vergeben wurde. Die OSZE entgegnete, daß nicht die Steuerzahler in Bosnien und Herzegowina, sondern internationale Geldgeber für die Rechnung aufkämen. Es gehe ihr vor allem um Qualität und die rechtzeitige Erfüllung des Auftrags. Beides sei in Ungarn eher gewährleistet.

Angesichts der Tatsache, daß in Bosnien und Herzegowina nach Angaben der Wahlkommission etwas mehr als 2,3 Millionen Wahlberechtigte erfaßt sind, ist die Zahl von zehn Millionen Stimmzetteln (von denen es etwa 40 verschiedene Arten gibt) zunächst kaum begreiflich. Sie gewinnt jedoch an Plausibilität, wenn man berücksichtigt, daß im Rahmen der Allgemeinen Wahlen sechs verschiedene Gremien gewählt werden:

- ▶ das Präsidium Bosnien-Herzegowinas (*Predsjedništvo Bosne i Hercegovine*);
- ▶ die Repräsentanten-Kammer des Parlaments von Bosnien und Herzegowina (*Zastupnički dom parlamentarne skupštine Bosne i Hercegovine*);
- ▶ die Repräsentanten-Kammer der Föderation Bosnien und Herzegowina (*Zastupnički dom Federacije Bosne i Hercegovine*);
- ▶ die Nationalversammlung der Republika Srpska (*Narodna skupština Republike Srpske*);
- ▶ Präsident und Vize-Präsident der Republika Srpska (*Predsjednik i potpredsjednik Republike Srpske*);
- ▶ die Parlamente der zehn Kantone (*kantonalne skupštine*).

Im Daytoner Friedensvertrag vom 21. November 1995 wurde die Gliederung Bosnien-Herzegowinas in zwei »Entitäten« beschlossen: die (moslemisch-kroatische) Föderation Bosnien-Herzegowina und die Republika Srpska. Beide Entitäten bestehen aus insgesamt zehn Kantonen. Direkt

gewählt werden die drei Mitglieder des Staatspräsidiums – je ein Moslem (Bosniak), Serbe und Kroat, die sich alle acht Monate im Amt des Vorsitzenden abwechseln. Zum ersten Mal werden jetzt alle Vertretungsorgane entsprechend dem neuen Wahlgesetz für vier Jahre gewählt.

Das komplizierte politische System und die schwerfällige Wahlordnung sind Resultat der Bemühungen der internationalen Protektoren, eine »Ethnisierung« der Politik und der Machtausübung zu verhindern. Dabei zeigten die Wähler bei den bisherigen Urnengängen wenig Neigung, ihre Stimme für einen Kandidaten anderer Nationalität abzugeben. Das dürfte im Oktober nicht anders sein. Haris Silajdžić, einer der führenden bosniakischen Politiker, wird beispielsweise von weniger als einem Prozent der serbischen und kroatischen Wähler unterstützt. Mirko Šarović, aussichtsreicher serbischer Kandidat für das Staatspräsidium, hat keinerlei Zustimmung von den Bosniaken und Kroaten zu erwarten. Jene Politiker, die von der eigenen Volksgruppe den meisten Zuspruch erhalten, stoßen in den zwei anderen Ethnien auf geschlossene Ablehnung.

Neueste Umfragen prognostizieren für die bevorstehenden Wahlen eine weitere Festigung der politischen Spaltung des Landes entlang der ethnischen Grenzen. Nach einer vom *United Nations Development Programme* (UNDP) in Auftrag gegebenen Studie werden 55 Prozent der Wahlberechtigten denselben Parteien und Politikern die Stimme geben wie vor zwei Jahren. Profitieren werden vor allem »nationale« Parteien. Die Mehrzahl der Befragten hält ein Votum für kleine, nicht-ethnische Parteien für bloße Stimmenvergeudung.

Sieben Jahre nach Kriegsende gibt es wenig Anzeichen für ein Zusammenwachsen der Entitäten Bosnien und Herzegowina. Wie der neue *Hohe Vertreter der Internationalen Staatengemeinschaft*, Paddy Ashdown, jüngst warnte, sind Korruption und Kriminalität zusammen mit dem Nationalismus die größten Gefahren für die Stabilisierung. Auf der politischen Bühne

sind nur wenige Personen neu in Erscheinung getreten, die nicht am Krieg 1992–1995 und an der vorangegangenen nationalistischen Verhetzung beteiligt waren. Die Wähler reagieren auf dieses Phänomen, indem sie in immer größerer Zahl den Wahlen fernbleiben oder eben »national« abstimmen.

## Makedonien

Makedonien steht vor einem Regierungswechsel – darauf deuten jedenfalls die Meinungsumfragen hin. Nach einer jüngsten Erhebung des US-amerikanischen *International Republican Institute* (IRI) beabsichtigen 30 Prozent der Wahlberechtigten, am 15. September für das linksliberale Oppositionsbündnis »Gemeinsam für Makedonien« zu stimmen, das vom früheren Premier Branko Crvenkovski angeführt wird. Die regierende konservativ-liberale Koalition wird laut Umfrage nur auf neun Prozent der Stimmen kommen. Ein etwaiger Regierungswechsel dürfte jedoch kaum unmittelbar dazu beitragen, daß die tiefe Kluft zwischen Makedoniern und Albanern kleiner wird.

Der Westen würde dem jetzigen Ministerpräsidenten Ljupčo Georgievski keine Träne nachweinen, da sich der zwielichtige Politiker oft als unberechenbar erwiesen hat. Jüngst hat er unter Berufung auf NATO- und EU-Quellen behauptet, hundert Anhänger einer neuen albanischen Terrorgruppe, der »Armee der Republik Illirida«, seien eingesickert. Sprecher der NATO-Friedenstruppe in Skopje beteuerten, nie Informationen über eine solche »Illirida-Armee« in Umlauf gesetzt zu haben.

Welche Regierung Makedonien schließlich erhalten wird, hängt wie bisher von den Abmachungen der makedonischen Parteien mit den politischen Führern der albanischen Volksgruppe ab. Abmachungen werden nicht leicht sein, da sich die zerstrittenen Albaner-Führer bislang nicht auf eine gemeinsame Plattform einigen konnten. In den letzten Wochen wird sogar über gewaltsame Abrechnungen rivalisie-

render albanischer Gruppen in Westmakedonien berichtet.

An der Regierung beteiligt ist zur Zeit die »Demokratische Partei der Albaner« (DPA) unter ihrem Chef Arben Xhaferi, dem jedoch nur fünf Prozent der Stimmen vorausgesagt werden. Ernster Konkurrent ist der frühere Politische Sprecher der »Albanischen Befreiungsarmee« (ONA), Ali Ahmeti, dessen neu gegründete »Demokratische Integrationsunion« (DUI) mit zwölf Prozent rechnen kann. Die DPA legt den Akzent, wohl als Reaktion auf diesen Rückstand, immer mehr auf »nationale« Themen. Xhaferis Stellvertreter Menduh Taci hat etwa geäußert, daß die Bestrebungen der Albaner in Makedonien »nicht mit dem Ohrider Rahmenabkommen enden«, das den Albanern im August 2001 weitgehende Rechte zuerkannt hat. Durch dieses Abkommen konnte Skopje mit Hilfe des Westens in letzter Minute verhindern, daß ein sechsmonatiger Aufstand bewaffneter Albaner-Gruppen in den nördlichen Landesteilen in einen landesweiten Bürgerkrieg eskalierte.

Zwischen der makedonischen Titularnation und der albanischen Minderheit hat jedoch seither kein endgültiger Ausgleich stattgefunden. Eine Studie des in Thessaloniki angesiedelten Zentrums für Demokratie und Versöhnung in Südosteuropa (CDSEE) verwies in diesem Frühjahr auf ein unvermindert weitreichendes Konfliktpotential: Die zentrale Sorge der überwältigenden Mehrheit der ethnischen Makedonen gilt Sicherheitsfragen und der Bedrohung durch bewaffnete albanische Gruppen. Für die Albaner bleibt das wichtigste Problem ihre Benachteiligung als ethnische Minderheit bei Beschäftigung, Bildung sowie bei den Sprachrechten. Die meisten Bürger, gleich welcher ethnischen Abstammung, verbindet die Ablehnung von Gewalt und Anheizung ethnischer Spannungen. Sie erwarten ein Maximum an internationaler Aufsicht vor und während der Wahlen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2002  
Alle Rechte vorbehalten

**SWP**  
Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
www.swp-berlin.org  
swp@swp-berlin.org